



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Newsletter 12/2010
Oktober 2010

BAföG-Erhöhung im Vermittlungsausschuss – Länder müssen über ihren Schatten springen

Eine Erhöhung des BAföG ist quer durch alle Parteien Konsens. Der Bundestag hat beschlossen, dass eine Erhöhung der Sätze um zwei Prozent auf monatlich höchstens 670 € angemessen ist.

Damit die geplanten Verbesserungen schnell wirksam werden, müssen sich jetzt die Bundesländer deutlich bekennen und ihren finanziellen Anteil übernehmen. In der kommenden Sitzung des Vermittlungsausschusses am 5. Oktober haben die Länder die Gelegenheit, zuzustimmen. Dies wäre ein wichtiges Signal an die rund 39.000 BAföG-Empfänger in Thüringen.

Bereits bei der Einführung des nationalen Stipendienprogramms musste der Bund den kompletten Finanzierungsanteil der Länder übernehmen, um das Programm zu ermöglichen.

Die Länder machen es sich zu einfach, wenn sie verlangen, dass zusätzliche Gelder für die Bildung vom Bund alleine bezahlt werden müssen. Tatsache ist, dass Bund und Länder für die ihnen zugewiesenen und gemeinsam verabredeten Aufgaben über eine entsprechende finanzielle Ausstattung verfügen. Dass auf allen drei Ebenen zur Zeit zu wenig Geld da ist, ist klar. Aber Fakt ist auch, dass die Finanzausstattung der festgelegten Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern entspricht.

Der Bund hat den Ländern im Rahmen der Föderalismuskommission angeboten, die komplette Zuständigkeit für die Bildungspolitik zu übernehmen. Dies haben die Länder abgelehnt. Wenn sie aber die Bildungshoheit übernehmen, müssen sie auch die Finanzierung stemmen.

Der Bund finanziert bereits heute in großem Maße bildungspolitische Maßnahmen, obwohl er laut Verfassung nicht zuständig ist. Beispiele hierfür sind:

- frühkindliche Bildung (100 Mio. € in 2011)
- Ganztagschulprogramm (insg. 4 Mrd. € von 2003 bis 2007)
- 65 Prozent der BAföG-Kosten (ca. 1,5 Mrd. € jährlich)



- Hochschulpakt (mehr als 1 Mrd. € in 2011)
- Nationales Stipendienprogramm (150 Mio. € in 2011)
- Exzellenzinitiative (327 Mio. € in 2011)

Darüber hinaus werden wir jetzt mit dem Bildungspaket Nachhilfe in den Hartz-IV-Regelsatz für Kinder einrechnen. Auch hier wird der Bund also einen dreistelligen Millionenbetrag übernehmen müssen um Versäumnisse in der Bildungspolitik der Länder auszugleichen.

Tillmann im Fraktionsvorstand bestätigt

In ihrer Fraktionssitzung bestätigten die Abgeordneten der CDU/CSU im Deutschen Bundestag Antje Tillmann als Beisitzer des Fraktionsvorstandes mit dem zweitbesten Ergebnis (94,97%). Dass Thüringen mit Manfred Grund und Antje Tillmann mit zwei Abgeordneten im Fraktionsvorstand vertreten bleibt, ist eine sehr gute Voraussetzung, um die Interessen unseres Bundeslandes noch besser und gezielter in die Arbeit der Fraktion einfließen zu lassen. Die Wahl für Ämter in der Fraktion erfolgt zu Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages für ein Jahr, dann für den Rest der Wahlperiode.

Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze angemessen und gerecht

Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf zur Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze auf den Weg gebracht. Damit wird die vom Bundesverfassungsgericht angemahnte Ermittlung der Sätze auf eine transparente und gerechte Grundlage (Einkommens- und Verbraucherstatistik) gestellt und jährlich an die aktuelle Preis- und Lohnentwicklung angepasst. Neu berücksichtigt werden zukünftig Kosten für die Praxisgebühr und den Internetzugang, aus dem Satz gestrichen werden Ausgaben für Zigaretten und Alkohol. Das Lohnabstandsgebot wird gewahrt. Mit einer stärkeren Erhöhung der Sätze wäre die Fairness gegenüber Geringverdienern auf der Strecke geblieben. Die Gesamtkosten der Regelsatzerhöhung belaufen sich auf 300 Mio. €.

Davon gesondert wurden kinderspezifische Bedarfe errechnet, die unter den bisherigen Sätzen für Kinder gelegen hätten. Die Koalition hat sich jedoch dafür entschieden, die Sätze für Kinder nicht zu senken und ihnen zusätzlich ein umfangreiches Bildungspaket (Kosten: 620 Mio. €) zur Verfügung zu stellen.

>>> Ausführliche Informationen (u.a. die Berechnungsgrundlage für die neuen Regelsätze) erhalten Sie auf meiner Homepage.

Neuausrichtung der Bundeswehr

CDU und CSU haben auf ihrer Präsidiumsklausur eine Erklärung zur Zukunft der Bundeswehr verfasst, die zur Vorbereitung der jeweiligen Parteitage dient. Die Erklärung umfasst folgende Punkte:

- CDU und CSU bekennen sich zu unserer Bundeswehr sowie zu den Soldatinnen und Soldaten. CDU und CSU stehen für verantwortungsvolle Sicherheitspolitik.
- CDU und CSU teilen die Sicherheitsanalyse des Bundesministers der Verteidigung. Schlussfolgerung aus der Analyse ist, dass eine sicherheitspolitische Notwendigkeit für die allgemeine Wehrpflicht nicht mehr gegeben ist.
- Die Wehrpflicht soll im Grundgesetz verankert bleiben, damit eine Verpflichtung zum Grundwehrdienst durch ein einfaches Gesetz jederzeit wieder herstellbar bleibt.
- CDU und CSU gehen davon aus, dass für die Bewältigung der gestellten Aufgaben eine wesentlich größere Truppenstärke erforderlich

sein wird, als die bislang genannte absolute Untergrenze.

- Im Zuge der Erarbeitung der künftigen Wehrstruktur sind die Auswirkungen auf die Bundeswehrstandorte im Rahmen eines Standortkonzeptes mit zu beantworten.
- Wir wollen alle Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung des Dienstes in den Streitkräften prüfen.
- Wir unterstützen die Bemühungen um ein neues Reservistenkonzept, das einer künftig gesteigerten Verantwortung von Reservisten Rechnung trägt.
- Wir benötigen ein Gesamtkonzept für freiwillige Dienste in unserer Gesellschaft. Es gilt, eine Kultur der Freiwilligkeit in Deutschland im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft zu fördern – nicht nur mit Blick auf den Einsatz für die Sicherheit und Freiheit unseres Landes.



Die aktuelle Situation der Wirtschaftsnahen Forschungsinstitute in Thüringen diskutierten deren Geschäftsführer mit Vertretern der CDU-Landtagsfraktion (Mario Voigt, Gerhard Günther, Gerold Wucherpfennig) sowie Antje Tillmann.

Steuerzahlertag 2010 zehn Tage früher

Gute Nachrichten für alle Steuerzahler: Durch die Entlastungsmaßnahmen zum 1. Januar 2010 (Wachstumsbeschleunigungsgesetz und steuerliche Absetzbarkeit von Krankenkassenbeiträgen) arbeiten wir in diesem Jahr kürzer als im Vorjahr für die Staatskasse. 2009 war der sogenannte Steuerzahlertag erst am 15. Juli, in diesem Jahr ist er bereits zehn Tage vorher, am 4. Juli. Auf der Agenda stehen aber weiterhin die Abflachung des Mittelstandsbauches und das Abmildern der kalten Progression.

Mehr Geld für Gebäudesanierung

Alle 18 Mio. Gebäude in Deutschland sollen bis 2050 so gedämmt werden, dass sie kaum noch Energie verbrauchen. Die Bundesregierung hat jetzt beschlossen, die Sanierungsrate von 1 auf 2 Prozent pro Jahr zu verdoppeln.

Als Anreiz dafür dient unter anderem das bisherige CO2-Gebäudesanierungsprogramm der staatlichen KfW-Bank. Wer ein Ein- oder Zweifamilienhaus oder eine Eigentumswohnung sanieren will, kann beim KfW-Programm «Energieeffizient Sanieren» einen zinsgünstigen Kredit oder einen Investitionszuschuss beantragen. Das bisherige Programm - für 2011 sind es knapp 450 Mio. € - wird dazu von 2011 bis 2021 um zusätzlich 500 Mio. € pro Jahr aufgestockt.

Immer weniger Arbeitslose

Im Ausland schaut man zur Zeit staunend auf Deutschland. Auch Dank der besonnenen Politik der Bundesregierung steht Deutschland nach der Krise wirtschaftlich wesentlich besser da als die meisten anderen Staaten. Eine Folge: Es gibt immer weniger Arbeitslose in Deutschland. Die Zahl der Erwerbslosen sank im September auf 3,031 Mio. Personen oder 7,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Minus von 315.000.

In Ostdeutschland sind erstmals seit der Deutschen Wiedervereinigung weniger als eine Millionen Menschen arbeitslos.

Deutschland nimmt im internationalen Vergleich eine Spitzenposition ein. Im Verlauf des nächsten Jahres dürfte die Zahl der Arbeitslosen unter drei Millionen sinken. Mit dem Rückgang der Zahl der Erwerbslosen war in den vergangenen Monaten zugleich ein deutlicher Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verbunden. Im Juli lag sie nach einer Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit bei 27,67 Mio.; gegenüber dem Vorjahr war das ein Plus von 353.000. Auch die konjunkturelle Kurzarbeit hat sich inzwischen deutlich reduziert. Nach vorläufigen Daten wurde im Juli an 228.000 Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld gezahlt. Das waren 111.000 weniger als im Vormonat und 927.000 weniger als vor einem Jahr. Gegenüber dem Höhepunkt vom Mai 2009 hat sich konjunkturelle Kurzarbeit um fast vier Fünftel reduziert.



Das Augusta-Viktoria-Stift erhielt Lottomittel für die Sanierung des „Pavillons für jung und alt“. Gemeinsam mit den Kindergartenkindern und ihrer Leiterin, Frau Monika Köntopp, der Pflegeheimbewohnern des Augusta-Viktoria-Stifts e.V. und des Fördervereins wurde dieser freudige Anlass gefeiert.

HRE-Bonuszahlungen beschäftigen Bundestag

Der Finanzausschuss hat sich am Mittwoch mit Bonuszahlungen an Mitarbeiter der Hypo Real Estate (HRE) befasst. Es sind sich alle Beteiligten bewusst, dass die Behandlung der HRE einem Drahtseilakt gleicht. Menschlich ist es nur bedingt nachvollziehbar, wenn direkt nach einer weiteren staatlichen Hilfe in Form von (wenn auch bis zum 30.9.2010 befristeten) Garantien über 40 Mrd. € bis zu 25 Mio. € an Mitarbeiter ausgezahlt werden. Gleichwohl hat die Bundesregierung darauf hingewiesen, dass die Auszahlung in dieser Form erfolgen musste. Zum einen handelt es sich um vertragliche Ansprüche der Angestellten, zum anderen wurde die Zahlung an einen Verzicht auf alle weiteren bisher möglicherweise bestehenden Ansprüche aus den Arbeitsverhältnissen geknüpft.

Die Bonuszahlungen waren auch Thema in einer Aktuellen Stunde am Donnerstag. Gerade die Vorwürfe der SPD-Kollegen waren dabei unglaublich. Die Verstaatlichung der HRE wurde durch den damaligen Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) vorangetrieben, der auch die Vergütungsverträge zu verantworten hat. Jetzt will sich die SPD einmal mehr aus der Verantwortung stehlen.

Impressum

Antje Tillmann MdB

antje.tillmann@bundestag.de

Redaktion: Johannes Nehlsen, 1. Oktober 2010